

Wiesbaden | 02.03.2022, 12:02 Uhr

Tarifrunde #Chemie22

Standort und Beschäftigung sichern

Kostendruck durch gestiegene Energie- und Rohstoffpreise

In einer schwierigen Situation und unsicheren Lage begann heute die Chemie-Tarifrunde 2022 in Wiesbaden. Dabei zeigten sich die Verhandlungspartner sehr betroffen über den Krieg in der Ukraine.

Der Verhandlungstag war geprägt von einer intensiv geführten Debatte über die wirtschaftliche Lage und die zukünftigen Herausforderungen, die angesichts des Kriegsgeschehens in der Ukraine noch größer werden könnten.

Die IGBCE Hessen-Thüringen fordert weiterhin eine Entgelterhöhung mit dem Ziel der Kaufkraftsteigerung sowie eine Erhöhung der Nachtschichtzuschläge auf 25 Prozent. Diese Forderungen lehnen die Chemie-Arbeitgeber als zu teuer ab. „Ich habe nach dem heutigen Tag den Eindruck gewonnen, dass die IGBCE die notwendigen Konsequenzen der stattfindenden Transformation unserer Branche noch nicht ausreichend verinnerlicht hat“, betont der Verhandlungsführer der hessischen Chemie-Arbeitgeber Matthias Bürk (Merck KGaA).

Klimaneutrale Produktion, Digitalisierung, demografischer Wandel, Kreislaufwirtschaft und EU-Chemikalienpolitik seien Themen, die auch in Hessen Milliardeninvestitionen der Unternehmen erforderlich machen. „Gelingt uns der Umbruch nicht, stehen der Industriestandort und damit Arbeitsplätze auf dem Spiel“, erklärt Bürk.

Daher müsse die Gewerkschaft mit realistischeren Einschätzungen der Lage in die Bundesrunde gehen und den enormen Finanzierungsbedarf der Unternehmen auch im Interesse der Beschäftigten stärker in den Blick nehmen.

Der Verteilungsspielraum sei bereits vor der aktuellen Krise deutlich eingeschränkt gewesen, denn die massiv gestiegenen Energie-, Rohstoff- und Materialkosten schmälerten die Erträge.

So gaben in einer Verbandsumfrage Anfang Februar 91 Prozent der hessischen Mitgliedsunternehmen an, dass ihr Geschäft durch die sehr hohen Energiekosten stark beeinflusst wird. 90 Prozent benennen gestiegene Rohstoffkosten und 86 Prozent Lieferengpässe bei Vorprodukten als größte Belastungsfaktoren.

Die russische Invasion war zu diesem Zeitpunkt noch nicht absehbar. Ihre wirtschaftlichen Folgen werden aber sicherlich schwerwiegend sein. „Wir müssen die Lage weiter beobachten und die wirtschaftlichen Auswirkungen im Laufe der Verhandlungen bewerten“, so Bürk.

Mit Blick auf die weiteren Tarifverhandlungen betonte der Verhandlungsführer: „Wir bewegen uns nicht im luftleeren Raum. Sich ausschließlich auf vordergründig positive Umsatzzahlen der Vergangenheit zu fokussieren, greift zu kurz. Wir müssen jetzt als Sozialpartner gemeinsam ein positives Wirtschaftsumfeld für unsere Unternehmen schaffen, damit wir auch im Interesse unserer Beschäftigten in Zukunft wettbewerbsfähig bleiben.“ Dies könne nur mit angemessenen Kosten - auch beim Faktor Arbeit - gelingen.

Die derzeitig stark verzerrte Inflation könne auf keinen Fall der Maßstab für unverhältnismäßige Sprünge in einer Hochlohnbranche wie der Chemie sein. „Die chemisch-pharmazeutische Industrie hat in der Vergangenheit durch ihre Tarifverträge die Teuerungsraten in Summe stetig übertroffen. Seit 2010 sind die Verbraucherpreise um 20 Prozent gestiegen, die Tarifentgelte aber um 30 Prozent. So können wir jetzt nicht mehr weitermachen“, sagt Bürk abschließend.

In den nächsten Tagen folgen weitere regionale Runden in den anderen Tarifbezirken, bevor am 21. und 22. März 2022 auf Bundesebene in Hannover weiterverhandelt wird.

Über HessenChemie

Im Arbeitgeberverband HessenChemie sind 310 Mitgliedsunternehmen mit 105.000

Beschäftigten der chemisch-pharmazeutischen und kunststoffverarbeitenden Industrie sowie einiger industrienaher Serviceunternehmen zusammengeschlossen. Derzeit werden in den Mitgliedsunternehmen rund 4.400 Menschen ausgebildet. HessenChemie vertritt die tarif- und sozialpolitischen Interessen seiner Mitglieder gegenüber Gewerkschaft, Politik und Öffentlichkeit.

Impressionen zum Thema







HESSEN CHEMIE





HESSEN CHEMIE

